

# Sich schleichen aus der Eurokrise

## Feministisch gedacht

I.

Das großformatige Denken der Politiker hat sich nicht zum ersten Mal übernommen, und ihre Hybris uns eine Krise beschert, wenngleich diesmal nicht so toll wie damals beim Turmbau zu Babel. Hüten müssen wir uns jetzt noch vor ihren Lösungen. Es handelt sich hier nicht um eine Umweltkrise, eine Hungersnot oder – noch nicht – den Zusammenbruch der zivilen Ordnung. Es geht um das Geld, den Kredit und den Geldumlauf. Es geht um das Missverhältnis zwischen Steuereinnahmen und Staatsausgaben. Es geht ferner, versteckt oder verschwiegen, so der Ausgangspunkt dieser Überlegungen, um ein Missverständnis über das Geld und sein Verhältnis zum täglichen Wirtschaften. Es geht also nicht nur um mehr oder weniger Geld, so wenig wie es bei der sprachlichen Kommunikation nur um die Anzahl der Wörter geht, sondern um ein Fundament des Umgangs, Handelns und Handels miteinander.

Wir stehen vor zwei Problemkreisen. Die Banken Nordeuropas haben leichtfertig die Schulden von Ländern am Rande der Eurozone finanziert und müssen nun mit Forderungsausfällen rechnen. Die Länder an der Peripherie fürchten, keine Kredite mehr zu erhalten, oder wenn schon, dann nur sehr teure. Soweit knapp das große grobe Finanzbild.

Am anderen Ende des Geschehens – an der Peripherie Europas – ist das tägliche Wirtschaften ins Stocken geraten.

Die Menschen sind arbeitslos, oder sie arbeiten fast umsonst, und die Versorgung mit dem Allernötigsten ist gefährdet.

Richten wir den Blick auf dieses tägliche Wirtschaften im Kleinen und schauen wir, wie das gesellschaftliche Gefüge aufrecht erhalten und eine bescheidene Lebensqualität auch in Zeiten der materiellen Not wieder erlangt werden kann. Es gilt, den meisten Menschen in den gefährdeten Ländern die Mittel in die Hand zu geben, mit denen sie sich gegenseitig besser helfen können; das heißt, mit denen sie Kleinhandel miteinander treiben können, möglichst weitab der Kapitalmärkte.

Ähnlich wie eine Münze zwei Seiten hat, kommt dem Geld eine Doppelrolle zu, einmal als Tauschmittel, einmal als Wertspeicherung. Bei der Wertspeicherung handelt es sich um ein besonders taugliches Langzeitversprechen, das politisch und gesellschaftlich abgesegnet ist. Beim Tauschmittel handelt es sich um ein Werkzeug, anhand dessen über viele Ecken hinweg, auch unter Menschen, die sich nicht gegenseitig kennen, Handel getrieben wird.

Der folgende Vorschlag sieht eine Parallelwährung vor, die die Rolle der Wertspeicherung so weit wie möglich unterdrückt. Diese muss nicht auf Dauer eingerichtet sein. Wenn die Zeiten sich ändern und die Hauptwährung ihre Geltung voll zurückerlangt, kann die Parallelwährung entfallen. Wenn sie sich aber gesellschaftlich als nützlich erweist, denkbar, weil sie der Reduzierung aller Wertschätzungen auf Geldbeträge entgegenwirkt oder die Selbständigkeit und das Selbstbewusstsein der vielen stärkt, so könnte sie auch lange währen. Der Vorschlag ist nicht geeignet, alle aktuell

besprochenen Probleme zu lösen; er kann aber die schlimmsten Folgeerscheinungen stark abschwächen und nebenbei ein Umdenken einleiten, damit bei einer Rückkehr zu einer einzigen Währung diese behutsamer gepflegt wird.

Die Unterdrückung der Funktion der Wertspeicherung ist nicht einfach und kann nicht vollständig gelingen. Sie ist trotzdem beschränkt erreichbar, und das dürfte reichen. Sie muss aber überlegt vonstatten gehen, und die Überlegung sieht folgendermaßen aus.

## II.

Es wird landläufig zwischen Produkten und Dienstleistungen unterschieden. Zwar wurde diese Unterscheidung kaum gemacht, als halbkluhe Köpfe damit begonnen haben, die zwei Bereiche ins jeweilige Gegenteil umzubenennen. Aus Produkten wurden „Dienstleistungen“, und Dienstleistungen wurden zu „Produkten“. Zum Beispiel sprechen Dienstleistungskonzerne (Telekommunikation, Banken) gerne von ihren „Produkten“, obwohl sie kaum welche haben dürften, und man mag sich fragen, wenn bereits die Benennungen verdächtig anmuten, wie es denn dort in Wirklichkeit zugeht.

Nicht desto weniger leisten bodenständige Bürger Widerstand, und sprachlich sowie auch konzeptuell wird weiterhin zwischen Produkten und Dienstleistungen unterschieden.

Präzisieren wir ein Stück weiter, und sprechen wir von *ortsnahen* Dienstleistungen, also solchen, die vornehmlich von Menschen für Menschen erbracht werden. Wir klammern die Internet-Dienstleistungen aus, sowie auch die Versorgung mit

Strom, und ebenfalls alle Transportleistungen, und – hier wird es gewagter – sogar die zahllosen, aber nicht immer zahlenden – Vermittlungsdienste.

Es lassen sich selten Dienstleistungen erbringen, ohne dass dabei im geringen Umfang Produkte mit einfließen. Von Dienstleistungen dürfen wir trotzdem sprechen, soweit die Einarbeitung von Produkten weitgehend von Menschenhand geschieht.

Was könnte damit noch alles von Dienstleistungen in diesem Sinne konkret abgedeckt werden? Kleinere Reparaturen, um einen Neukauf zu erübrigen, Gartenarbeiten, Computereinrichtung, Schönheitssalon, Pflege aller Couleurs, Therapie, Formulare ausfüllen, Schneiderarbeiten, auf Kinder aufpassen, Einkäufe (zum Beispiel für Behinderte) tätigen, unabhängige Beratung vor dem Kauf wichtiger Artikel, informeller Unterricht, Nachbarschaftstreffpunkte (Cafés & Teestuben), Kauf/Verkauf von Gebrauchtgegenständen, Kleinkonzerte, Blumenbinden. Und was soll eher nicht abgedeckt werden? Die meisten Transaktionen, die zur richtig organisierten Wirtschaft gehören.

Da der Parallelwährung (Drachme, Escudos, Florint, Franken, Lira, Mark, Peseten...) keine Funktion der Wertspeicherung zukommen soll, ist sie von dem Banken- und Finanzsystem weitestgehend ausgeschlossen. Man erhält Bargeld, und Bargeld gibt man aus. Überweisungen, Sparkonten und dergleichen finden nicht statt, wie auch früher übrigens. Alle Transaktionen werden sofort bezahlt. Man hat ferner seine Parallelwährung im Prinzip relativ schnell (als Anhaltspunkt: binnen weniger Monate) auszugeben. Zum

Konzept gehört die erhöhte Umlaufgeschwindigkeit des Parallelgeldes. Nach der Einführungszeit bleibt die Geldmenge konstant.

(Zwischenbemerkung: In Griechenland zumindest sollen die Menschen sich geholfen haben, indem Wochenmärkte entstanden sind, wo zum Tagesschluss die Abrechnung des Kleinhandels unter sich elektronisch erfolgt. Damit zeigen die normalen Menschen vorbildlich und nochmal, dass sie im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten vernünftiger, sozialer und fortschrittlicher sind, als alle „Finanzexperten“ zusammengezählt.)

Bei einer Hauptwährung findet im Gegenteil meist eine Zunahme der Geldmenge statt, mitunter weil der Gesamtreichtum der Gesellschaft in Friedenszeiten steigt beziehungsweise immer mehr Besitz (Grundeigentum, Erbgüter) dem Handel und somit der Geldwirtschaft zur Verfügung steht oder stehen soll. Demgegenüber bildet die Parallelwährung menschnahe Dienstleistungen ab, deren Ergebnisse meistens schnell verflossen oder sonst schlecht messbar sind: Die Frisur vom Vorjahr ist nicht mehr zu erkennen, sie bildet keinen bleibenden „Wert“ (aber wertvoll war sie doch!) (Hier könnte man Geschichten spinnen oder weitererzählen, von denen die Männer in grauen Anzügen nichts ahnen und nichts ahnen wollen.)

Die Parallelwährung dient ja dazu, den Austausch im Kleinen zu vereinfachen oder erst zu ermöglichen. Überall helfen sich die Menschen, die in Geldnot leben müssen, gegenseitig, diese Hilfe ist aber auf einen vertrauten und damit sehr kleinen Kreis beschränkt. Es existiert zudem keine

Messlatte, um die kleinen Gefälligkeiten mit den größeren Gefälligkeiten einvernehmlich und übersichtlich verrechnen zu können.

Ganz einfach wird es leider nicht. Bei den meisten Transaktionen spielen doch Produkte oder Treibmittel oder Zutaten mit, die von der Produktivwirtschaft stammen. Bereits der Kaffee wird eingeführt und anschließend verarbeitet, die Kaffeemaschine kommt aus einer Fabrik und muss eines Tages erneuert werden, der Strom zum Heizen erreicht uns über einen industriellen Umweg: das muss alles weiterhin in der Hauptwährung bezahlt werden. Der Kleinhandel, der mit der Parallelwährung gefördert werden soll, kann nicht den produktiven Wirtschaftshandel ersetzen. Somit müsste man gegebenenfalls zwei Beträge entrichten, einmal in Euro, einmal in Parallelwährung. Den geringen Eurobetrag würde man von dem kleinen Gehalt aufbringen und den anderen Teil hinzu verdienen können. Das mag umständlich anmuten, zumal man es nicht oder nicht mehr (man denke an die halbschwarze Rolle der harten Währungen zur Zeit des Ostblocks) gewohnt ist. Es handelt sich aber um eine Unbequemlichkeit, die um ein Vielfaches leichter zu tragen wäre, als sich tatsächlich nichts – nicht einmal die Früchte des Kleinhandels oder die bescheidenen Freuden des Alltags – leisten zu können.

III.

Mit diesen Gedanken hat sich der Kreis noch lange nicht geschlossen. Ein Geldkreis braucht weite Horizonte und Glaubwürdigkeit, und dies gilt weiterhin, auch wenn dem betreffenden Geld keine Funktion der mittelfristigen

Wertspeicherung zukommen soll. Das Parallelgeld muss in Umlauf kommen, und am besten wird es von einer übermächtigen Instanz (zum Beispiel einem Staat) anerkannt.

Wie bahnt sich das an? Es ist anders als bei bisherigen Währungsreformen: man denke an die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1948 und 1990, bei denen Altgeld auf Sperrkonten eingezahlt und neues an jeden ausgegeben wurde, mit Umschreibung der Geschäftsbücher und der späteren Ausgabe des umgewandelten Altgeldes von den Sperrkonten, eventuell zu gestaffelten Umrechnungskursen.

Bei der Parallelwährung hätten wir es dagegen mit Neuland zu tun. Es könnte so aussehen: Der Staat hat bereits die Gehälter des (überbesetzten) Staatsapparates gekürzt oder will dies (unter dem Druck der Kreditgeber) weiterhin tun. Als Trost für die Kürzung gibt er den Beamten und staatlich Bediensteten Parallelgeld in der Form von Banknoten und Münzen. (Zugegeben: altmodisch, aber diese Geldform genießt die beschränkte Glaubwürdigkeit der Tradition; elektronisch scheint für viele Menschen alles weniger sicher, auch wenn dies teilweise eine Sache der Generationen ist. Vor allem aber ist das Zielpublikum – die große Öffentlichkeit – nicht unbedingt imstande, elektronisches Geld zu verarbeiten. Im Übrigen sollte der allzuleichte Zugriff des Staates auf Daten über private Transaktionen verhindert werden.)

Damit das Parallelgeld nicht ein gespenstisches Halbleben (wie Kryptowährungen wie beispielsweise Bitcoin) erfährt, soll es doch wieder einmal zum Staat zurückfinden können. Aber nicht gleich, denn das würde einem Kurzschluss gleichkommen. Der Vorschlag sieht folgendermaßen aus. Erst nach einer

Sperrfrist würde die Möglichkeit bestehen, dieses Geld beschränkt für bestimmte steuerliche Abgaben verwenden zu dürfen. Es bietet sich an, hierfür die Grundsteuer vorzusehen. Die Grundsteuer bezieht sich nämlich auf eine kommunale Angelegenheit und stellt, je nach der Handhabung im Lande, meistens eine Umlage für ortsnahe arbeitsintensive Dienstleistungen dar.

Hier wäre die einzige Stelle, an der eine offizielle Umrechnung stattfinden könnte, denn man müsste die Grundsteuer auch in Euro bezahlen dürfen. Man kündigt den offiziellen Umrechnungssatz allerdings nicht weit im Voraus an. Erfahrungsgemäß finden sich immer welche, die spekulieren wollen, und ganz vermeiden lässt sich dieses Phänomen nirgends. Das dürfte aber kaum zum Problem werden, denn der Staat sitzt am längeren Hebel.

Den Anhängern der Mehrwertsteuer und sonstigen Steuerbegeisterten dürfte es nicht entgangen sein, dass die Parallelwährung (mit Ausnahme der erwähnten Grundsteuer) die Steuer außer Acht lässt. Es handelt sich um keinen Flüchtigkeitsfehler. Ein Grundvergehen des EU-Projektes steckte von Beginn an in dem Wunsch, die wirtschaftlichen Vorgänge bis ins kleinste beaufsichtigen und besteuern zu wollen. Der Versuch war so raffiniert wie sonst nur die Franzosen, die diese Teufelssteuer erfunden haben. Totalitär ist sie zwar noch nicht, aber die unterschwellige Richtung ist vorgegeben, und zwischenzeitlich leiden millionenfach die Kleinunternehmer und Freiberufler mit Frust und Zeitverlust unter dem bürokratischen Frondienst der monatlichen Meldungen. Für Menschen, die Zahlen und Formulare sowie



Software und das Zählen lieben, ist das alles kein Problem. Warum stört es uns Andere so sehr, monatlich Buch führen zu müssen, Steuern muss ja doch jeder bezahlen, oder? Und so sehen wir, was für ein Europa im Entstehen ist, bei dem ein automatisierter Menschenschlag bevorzugt wird, während selbstbestimmte Charaktere systematisch benachteiligt werden, so sehr sie sich sonst durch Fleiß und Tüchtigkeit auszeichnen mögen.

IV.

Die Geldmenge für die Parallelwährung wird begrenzt. Damit wäre ebenfalls die Summe der Zahlungen, die in dieser Währung für die Grundsteuer abgeführt werden könnten, begrenzt. Der Konjunktiv steht hier, weil damit noch nichts über das Tempo des Umlaufs gesagt wurde. Der Sinn der Parallelwährung liegt darin, dass das Geld konstant im Umlauf ist: bald nachdem man etwas verdient hat, soll man es wieder ausgeben, wenn auch nur für einen kleinen Luxus. Somit ist für Beschäftigung gesorgt, und diese Beschäftigung dürfte normalerweise menschlich sein: individuell, maßgeschneidert, selbstbestimmt, partnerschaftlich, der Lebensfreude dienlich. Eine Abzweigung des Geldes an Vorgesetzte, Agenten oder Arbeitgeber ist ebenso wenig vorgesehen wie eine unmittelbare Abzweigung an den Staat. Es handelt sich um das Volksgeld und somit das Geld für jedermann. So gut wie jeder, der bei Gesundheit ist, kann und soll etwas verdienen können, und somit schwächt sich auch die Nötigung zum Gang zum Sozialamt ab.

Die Firmen werden mitmischen wollen. Sie wollen aber auch Haftungsbegrenzung behalten und die Mitarbeiter fremdbestimmen. Die Firmen, die ja Wert auf Verträge aller Gattungen und deren Einhaltung über den Staatsapparat legen, sind hier aber nicht gefragt. Dafür haben sie den Euro, und diese Währung bietet viele Vorteile, nicht zuletzt die soeben genannten. Bei der Parallelwährung herrscht im Gegenteil ein anderes, älteres Recht. Man bezahlt sofort, man sieht, was man bekommen hat, und im Zweifelsfall entscheidet der ortsnahe Ruf. Wem das nicht gefällt, muss sich der Eurowährung anvertrauen. Mit Euro kann man nach wie vor überall den ausgewiesenen Preis voll bezahlen. (Hier findet also eine inoffizielle Umrechnung statt: zum Beispiel kostet die Dienstleistung zehn Euro und zwölf Einheiten Parallelwährung, oder alternativ soundsoviel glatte Euro.)

V.

Die Belange, die sich mit der Parallelwährung billig (mit dem Euro meist teurer) befriedigen lassen, betreffen besonders stark die Lebensführung von Frauen, wie diese traditionell vonstatten geht. Allerdings auch die Lebenslage der Männer in ihren schwachen Jahren und Zeiten. Es handelt sich um eine Zuwendung zu dem, was menschlich am nächsten liegt, um die kleinen unmittelbaren Anforderungen, um die Ästhetik, und nicht zuletzt um einen Korb für das Kapital.

Die Parallelwährung ist keine Produktivwährung, sie ist nicht auf maschinelle Bearbeitung und Organisation und Effizienz ausgerichtet, sondern sozial auf Ausgleich. Sie ist praktisch. Sie ist lebensnah. Sie befreit von dem Kalkül um eine

fernere Zukunft. Sie pflegt die Freude und den Trost des Augenblicks. Sie lehnt es ab, sich einbinden zu lassen oder auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen.

Es waren im Übrigen fast ausschließlich Männer, die das törichte Europrojekt forciert haben. Sie haben von Anfang an die gravierenden strukturellen Fehler bewusst verschwiegen, die inzwischen allseits bekannt sind und vor denen einsame Stimmen damals alarmiert gewarnt haben. Dass die Herrschaften sich dabei etwas überlegt haben, wird hier nicht in Abrede gestellt. Sie wollten die strukturellen Fehler von gestern vermeiden, darunter auch die Frage lösen, wie in Europa eine zentrale Macht mit der Peripherie friedlich zurecht kommt. Sie haben den großen Handel zwischen den Ländern bevorzugt und den kleinen Austausch unter den Menschen gering geschätzt. Sie haben die Liebhaber von großen Geschäften, die Mittelsmänner und sonstige Macher gefördert und die Sorgen der kleinen Betriebe, bei denen doch die Frauen oft mit in der Führung sitzen, wenig beachtet. Sie loben die Produktivität, merken aber nicht so richtig, dass bei Dienstleistungen diese anders zu messen, zu werten und zu besteuern ist als bei der Herstellung von Produkten. Sie loben den Handel über die großen Entfernungen hinweg als vorrangiges Ziel und halten dementsprechend die Transportkosten niedrig und die Umweltbelastung hoch. Jetzt wollen sie im Rahmen einer „Fiskalunion“ die Steuern noch weiter *harmonisieren* – heißt das nicht auf Deutsch eher: *gleichschalten*? – und verkennen dabei, dass eben diese Steuergestaltung am wenigsten geeignet ist.

## VI.

Offensichtlich könnte die Einführung einer Parallelwährung als erster Schritt weg vom Euro gesehen werden. Das muss sie nicht sein, denn sie könnte ebenso gut als Übergangslösung bis hin zur Wiederherstellung der sozialen Stabilität gelten. Sollte der Euro sich retten – etwa dadurch, dass zurückgefunden wird zu ausgeglichenen Handelsflüssen innerhalb der Eurozone – so könnte die Parallelwährung nach einigen Jahren aufgelöst werden, nämlich dann, wenn sie einvernehmlich nicht mehr gebraucht wird. Sie hätte damit zu einer wesentlichen Korrektur beigetragen, ähnlich wie das Auftauchen eines Konkurrenten die Hauptanbieter anspornen kann, ihr Geschäftsmodell zu überdenken, obwohl später der Konkurrent verschwindet.

Nichtsdestoweniger könnte die Parallelwährung umgekehrt aber den ersten Schritt weg vom Euro bedeuten. Sie ermöglicht es, einen ordentlichen – also geregelten, sanften – Ausweg zu beschreiten. Die Mittelklasse in der Peripherie Europas müsste nicht um ihre Ersparnisse in Euro bangen, nämlich, dass diese bei einer Währungsreform über Nacht entwertet werden.

Abgesehen von ihrem vorrangigen Nutzen, den freien Dienstleistungshandel vor Ort weitab von der Bevormundung der Einheitswährung zu erleichtern, dient die Parallelwährung überhaupt dazu, andere Richtungen, Denkweisen und Prioritäten zu setzen. So sollte sie nicht als Zahlungsmittel für abhängige Arbeitsplätze benutzt werden. Der private Arbeitgeber müsste den Mindestlohn weiterhin in Euro bezahlen. Die Arbeitnehmer dürften aber in der

Parallelwährung hinzuverdienen, soweit sie bei menschnahen Dienstleistungen engagiert sind, und dieser Zuverdienst (auch die Zahlungspflicht der Kunden) wäre durch öffentliche Preisaushänge gekennzeichnet. (Die Unsitte mit dem Trinkgeld kann damit wegfallen.) Die Friseurin hat Geld, im Restaurant zu speisen, und der Kellner kann sich eine gute Frisur leisten. Der unabhängige Gang zum Therapeuten wird nicht mehr unter sträfliche Steuern gestellt, sondern jedem freigestellt, der bei anderen Mitbürgern eine persönliche Gegenleistung erbringen kann. (Die Beispiele sind hier zur Veranschaulichung recht einfach und alltäglich, das Konzept betrifft aber zahllose Situationen und lange Ketten an Dienstleistungen.) Somit wird das Verhältnis Arbeitgeber–Arbeitnehmer aufgelockert. Die Arbeitnehmer sind unabhängiger, es entsteht mehr Transparenz um die Verdienste, und somit kann die Knechtschaft besser bekämpft werden, die trotz aller Arbeitsgesetze regelmäßig situationsbedingt entsteht.

## VII.

Es war dies eine Anregung und ein Wegweiser. Trotzdem: Nicht nur hat das Konzept Bodenhaftung, nicht nur ist es gesamtwirtschaftlich durchdachter als alle vom Gesetz zugelassenen Derivate, die zuletzt ohne Mehrwert (im Nullsummenspiel) unter dem Strich die Risiken der Wenigen auf die Schultern der Vielen abgewälzt haben. Im Gegensatz zu diesen ist das Konzept sozial und auf gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichtet.

Das Konzept ist für heute: Die Euro-Opfer der Peripherie haben keine Zeit, auf den Abschluss vieler Doktorarbeiten über dieses Problem zu warten. Wir ahnen selten die Langzeitfolgen einer Veränderung, aber ebensowenig die Folgen eines Beharrens; der Weg musste schon immer anhand neuer Erfahrungen ständig überprüft und an neue Einsichten angepasst werden. Das heißt: So oder so beschreiten wir Neuland. Und ganz so radikal ist das Konzept dann doch nicht. Es kann nicht einmal behauptet werden, es würde zu einem Wegfall von Steuereinnahmen führen (etwa durch die faktische Aufhebung der Mehrwertsteuer für viele Dienstleistungen), denn diese Steuer wird gerade in der Peripherie ohnehin häufig umgangen. Ein Aufblühen des ortsnahen individuellen Handels schadet der Hoheit der EU-Finanzverwaltung nicht, es sei denn, dass diese es vorrangig nicht auf Einnahmen sondern unterschwellig auf Machtausübung abgesehen hat.